

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

11. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 16. Dezember 2009

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksachen 17/191, 17/205)

815 D

Anlage 80

Mündliche Fragen 106 und 107

Petra Pau (DIE LINKE)

Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten in Bezug auf Sinti und Roma; erreichte Erfolge bei der Bekämpfung der Diskriminierung von Roma und Sinti in den Medien der europäischen Mitgliedstaaten

Antwort

Dr. Christoph Bergner, Parl. Staatssekretär

BMI

890 D

Anlage 80

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Christoph Bergner auf die Fragen der Abgeordneten **Petra Pau** (DIE LINKE) (Drucksache 17/191, Fragen 106 und 107):

Wie bewertet die Bundesregierung die bisherigen Anstrengungen bei der Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten in Bezug auf Roma und Sinti, und auf welchen Gebieten sieht die Bundesregierung besondere Schwierigkeiten oder gar Rückschläge?

Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die erreichten Erfolge bei der Bekämpfung der Diskriminierung von Roma und Sinti in den Medien der europäischen Mitgliedstaaten, und welche weiteren Maßnahmen müssen in diesem Zusammenhang – nach Ansicht der Bundesregierung – noch umgesetzt werden?

Der Bundesregierung ist bekannt, dass in einer Reihe von Mitgliedstaaten des Europarates noch Defizite bei der Wahrung und Förderung der Rechte der Roma und Sinti bestehen. Dies ergibt sich unter anderem aus den Berichten des Beratenden Ausschusses zum Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und aus den auf diesen aufbauenden Beschlüssen des Ministerkomitees des Europarates. Ebenso bestehen noch Defizite hinsichtlich der Bekämpfung der Diskriminierung von Roma und Sinti in den Medien von Mitgliedstaaten des Europarates.

Die Bundesregierung teilt die vom Deutschen Bundestag mit Beschluss vom 17. Januar 2008 (Bundestagsprotokoll 16/136, Seite 14385 f.) in der Ausschussfassung vom 16. Januar 2008 (Bundestagsdrucksache 16/7768) vorgenommene Einschätzung der Lage der Roma und Sinti in

Europa und die dort gegebenen Empfehlungen. In diesem Beschluss wird unter anderem dargelegt, dass Roma in vielen Staaten Europas stark von sozialen Problemen, Bildungsdefiziten und Arbeitslosigkeit betroffen seien, nicht mit angemessenem Wohnraum versorgt würden, bei hoher Säuglings- und Kindersterblichkeit teilweise eine geringe Lebenserwartung hätten. Die schulische Versorgung sei in manchen Staaten unzureichend.

Roma seien Diskriminierungen und Benachteiligungen ausgesetzt, wozu auch eine undifferenzierte Berichterstattung in den Medien beitragen könne.

Die Bundesregierung unterstützt alle von der Europäischen Union, dem Europarat und der OSZE initiierten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti in Europa.